Newsletter Arbeitskreis Opferschutz Bonn/Rhein-Sieg 6_2025

Neue Infos zu Opferschutz und Opferrechten

Bund

Psychosoziale Prozessbegleitung

Seit vielen Jahren gefordert und als Reform längst überfällig, legt aktuell das BMJV einen Entwurf für eine Reform der Psychosozialen Prozessbegleitung vor. Betroffene von häuslicher Gewalt sollen endlich einen Anspruch auf PsychPB bekommen. Weitere Änderungen, deren Notwendigkeit von vielen Verbänden in Stellungnahmen seit 2020 bereits benannt wurden, umfassen u.a. die Ermöglichung der Anordnung von Amts wegen bei minderjährigen Betroffen, die Streichung der Begründung einer besonderen Schutzbedürftigkeit bei erwachsenen Opfern, Hinweispflichten der Gerichte und Ermittlungsbehörden und die Erhöhung der Vergütung für die Begleiter*innen. Der Gesetzentwurf, eine Synopse und ein Infopapier dazu finden sich hier:

https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2025_Psychosoziale_Prozessbegleitung.html

Gewaltschutzgesetz

Das Bundeskabinett hat im November 2025 einen Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums zur Änderung des Gewaltschutzgesetzes beschlossen. Familiengerichte sollen zukünftig in Hochrisikofällen Gewalttäter zum Tragen einer elektronischen Fußfessel verpflichten können. Weiterhin geht es um Auflagen von Anti-Gewalt-Trainings oder einer Gewaltpräventionsberatung. Auch die Strafen bei Verstößen gegen eine Gewaltschutzanordnung sollen angehoben werden:

Der Entwurf und die Stellungnahmen von zahlreichen Verbänden dazu finden sich hier:

https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2025_Gewaltschutzgesetz.html

Verbot von Vergewaltigungsvideos

Die Justizministerkonferenz hat einen einstimmigen Beschluss gefasst, den Besitz von Vergewaltigungsvideos erwachsener Opfer unter Strafe zu stellen. Sie bitten die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, sich der Thematik anzunehmen und einen Regelungsvorschlag zur Schließung der festgestellten Strafbarkeitslücken zu machen.

https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2025-11/TOP%20II.23%20-%20NI%20Bek%C3%A4mpfung%20von%20Vergewaltiger-Netzwerken%20A%20%C3%84M%20-%20Mitantragstellung.pdf

Hintergrund waren die Recherchen zweier Journalistinnen des NDR, die ein internationales Netzwerk aufdeckten, in dem Frauen unter Betäubung von ihren Partnern vergewaltigt, die Taten gefilmt und anschließend online in Chatrooms verbreitet werden.

https://www.ndr.de/der_ndr/presse/mitteilungen/verbot-von-vergewaltigungsvideos-gefordert-betroffene-aeussert-sich,pressemeldungndr-332.html

Ein Podcast dazu:
https://www.ardaudiothek.de/episode/urn:ard:episode:174ee31947f3b8fe/

EU und Bund

Die EU-Gewaltschutzrichtlinie (Richtlinie 2024/1385 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) trat am 13. Juni 2024 in Kraft. Deutschland muss die Richtlinie bis zum 14. Juni 2027 in nationales Recht umsetzen. Die Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt beim Deutschen Institut für Menschenrechte hat 30 Fragen und Antworten zu Inhalten, Zielen und Wirkung der Richtlinie erarbeitet und veröffentlicht:
https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/die-eu-gewaltschutzrichtlinie-30-fragen-und-antworten

Information zu einzelnen Themenschwerpunkten

Fonds Sexueller Missbrauch

Es gab im Jahr 2025 viele Stellungnahmen, politische Aktionen und Versuche, den für viele Betroffene sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend wichtigen Fonds Sexueller Missbrauch zu erhalten. Seit 2013 hat der Fonds existentielle Hilfen für Betroffene ermöglicht, die keine anderen staatlichen Leistungen erhielten. Nun ist es leider deutlich, dass im Haushalt 2026 keine Mittel eingestellt sind, obwohl sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag für den Erhalt des Fonds verpflichtet hat. Aber verbale Versprechungen wurden nicht mit Finanzen hinterlegt. Die Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt, die seit 12 Jahren Betroffene zur Antragsstellung berät und unterstützt und sich für den Erhalt eingesetzt hat, ist entsetzt und bewertet diese Entscheidung als weiteren Schritt, finanzielle Kürzungen gerade bei den Menschen anzusetzen, die ohnehin durch Folgen von Traumatisierungen sozial benachteiligt sind. Dieser Entschluss war buchstäblich retraumatisierend für eine Vielzahl von Menschen, deren zahlreiche Anfragen die Beratungsstellen in diesem Jahr kaum noch bewältigen konnten. Die Unabhängige Bundesbeauftragte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen hat dazu deutliche Worte gefunden:

KEINE WEITERFÜHRUNG DES FONDS SEXUELLER MISSBRAUCH – STATEMENTS MISSBRAUCHSBEAUFTRAGTE, KOMMISSION UND BETROFFENENRAT: beauftragte-missbrauch.de

Ein offener Brief der Bundeskoordinierung Spezialisierter Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend und zahlreicher bundesweit aktiver Verbände findet sich hier:

Offener Brief: BKSF und breites zivilgesellschaftliches Bündnis fordern die Absicherung des Fonds Sexueller Missbrauch (Bundeskoordinierung spezialisierter Fachberatungsstellen)

Statistiken

Bundesweites Lagebild Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ und „Häusliche Gewalt“ für das Jahr 2024

Das bundesweite Lagebild verdeutlicht eine erhebliche Zunahme von geschlechtsspezifischer Gewalt:

BKA - Meldungen - Polizeilich erfasste Gewalt gegen Frauen nimmt weiter zu

Straftaten gegen Frauen und Mädchen nehmen weiter zu - Häusliche Gewalt auf Höchststand - BMBFSFJ

Literatur/Medien/Studien

Broschüren

Wo hört der Spaß auf?

Petze Kiel: A5 Infobroschüre über Sex, Konsens, Formen sexualisierter Gewalt und Hilfemöglichkeiten für Jugendliche ab 14 Jahren.

Wo hört der Spaß auf? PRINT | PETZE-Institut gGmbH

Sharing is not caring: Schutz der Privatsphäre von Kindern im Internet

Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. hat in Zusammenarbeit mit Studierenden der Köln International School of Design eine Broschüre zum Schutz der Privatsphäre von Kindern im Internet veröffentlicht. Insbesondere geht es dabei um die Risiken des Teilen von Kinderfotos im Netz (Sharenting):

DKHW_Sharing_is_not_caring_digital.pdf

Studien

JIM-Studie 2025
Der Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest hat die JIM-Studie 2025 (Jugend, Information, Medien) des Jahres 2025 im November 2025 veröffentlicht:
JIM-Studie 2025 - mpfs

Umfrage zu Diskriminierung in Deutschland

Vom **12. November 2025 bis 28. Februar 2026** führt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes die bislang **größte Umfrage zu Diskriminierung in Deutschland** durch.

An der Umfrage können alle Menschen ab 14 Jahren teilnehmen, die in Deutschland Diskriminierung erlebt haben. Die Teilnahme ist anonym, barrierearm und in vielen Formaten und Sprachen möglich.

Alle wichtigen Informationen und den Online-Fragebogen finden Sie hier:

www.diskriminierung-umfrage.de

Onlineportale

WebSiB-Datenbank: Bildungsmedien für junge Menschen mit Behinderungen

WebSiB ist eine durch das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit geförderte digitale Datenbank, die geprüfte Bildungsmedien und Materialien zur sexuellen Bildung und zur Prävention sexualisierter Gewalt für junge Menschen mit Behinderung beinhaltet.

Weitere Informationen:

Forschungsprojekt - sexualaufklaerung.de

Videos/Podcast/Social Media

Die AG Tatkontext Familie im Bundesweiten Netzwerk von Betroffenen für Betroffene „Aus unserer Sicht“ hat eine Hörstückreihe mit 4 Beiträgen erarbeitet, die ab dem 18. November wöchentlich veröffentlicht werden:

Feature Tatkontext Familie - aus unserer sicht e.V.

Fortbildungen, Hearings und online-Kurse

Safe the date: Wenn Bedrohung zum Alltag wird… Arbeiten unter ständiger Gewaltandrohung, 9.-11. März 2026

https://tma-bensberg.de/coach_seminars/wenn-bedrohung-zum-alltag-wird/

Aktivitäten und Infos der Mitglieder/regionale Informationen

Neue Kinderbroschüre im Kooperationsprojekt Prävention

Das Kooperationsprojekt Prävention wird von einem Zusammenschluss von Organisationen seit 2009 in der Region Bonn/Rhein-Sieg umgesetzt. Das Projekt beinhaltet die Theaterprogramme der theaterpädagogischen werkstatt „Mein Körper gehört mir“ für Grundschulkinder der 3. und 4. Klassen und „Die große Nein-Tonne“ für die 1. und 2. Klassen und ältere Kitakinder. Seit 2009 erreicht das Projekt jährlich rund 2000 Kinder, ihre Eltern, Lehrer*innen sowie pädagogische Fachkräfte in Bonn und dem Rhein Sieg Kreis. Die Hannah-Stiftung unterstützt das Projekt finanziell seit 2009.

Das Projekt ist ganzheitlich angelegt und umfasst Schüler*innenprojekte, Elternpräsentationsabende und Fortbildungen für das pädagogische Fachpersonal.

Im Rahmen des Projektes wird auch eine Kinderbroschüre eingesetzt, die aktuell komplett überarbeitet und neu gestaltet wurde. Die Broschüre und nähere Inhalte zum Kooperationsprojekt findet man auf der Homepage der Beratungsstelle: www.beratung-bonn.de

#OrangeDays2025 - Hilfe für traumatisierte Menschen nach sexualisierter Gewalt

Die Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt berät seit 41 Jahren Betroffene, Angehörige und Fachkräfte sexualisierter Gewalt und setzt sich durch Öffentlichkeitsarbeit und präventive Maßnahmen für Schutz und Vorbeugung ein. Aktuell muss sie neben der öffentlichen Förderung, die als „freiwillige Leistung“ nicht garantiert ist, dafür jährlich 30.000-40.000 Euro an Eigenmitteln einbringen. Dazu droht bei prekärer Haushaltslage, dass selbst bewilligte Mittel nicht vollständig ausgezahlt werden, was an die Existenzgrundlage geht.

Um von sexualisierter Gewalt betroffenen Menschen weiterhin Beratung und Begleitung zeitnah anbieten zu können, hat die Beratungsstelle **mit Unterstützung der Sparkasse KölnBonn** auf der Plattform www.hiermitherz.de einen Spendenaufruf gestartet

Unter dem Titel: **#OrangeDays2025 - Hilfe für traumatisierte Menschen nach sexualisierter Gewalt** kann die Arbeit der Beratungsstelle unterstützt werden:
https://www.hiermitherz.de/project/orangedays2025-hilfe-fuer-traumatisierte-menschen-nach-sexualisi